



FRAGE

Die Bundesregierung plant den Ankauf von Daten angeblicher Steuersünder. Halten Sie einen solchen Schritt für richtig?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Ich möchte an dieser Stelle nicht in die Beschimpfungsarien schweizerischer Politiker einstimmen, aber auf einen sachlichen Punkt gebracht, kann ich die Verärgerung und die Argumente nachvollziehen. Eine bilaterale Regelung auf Staatsebene hätte besser zu unserem Rechtssystem gepasst.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Der Ankauf gestohlener Bankdaten ist ein diplomatischer Affront gegenüber der Schweiz, die ja immerhin der Quellensteuer, die die EU-Zinsrichtlinie vorsieht, zugestimmt hat, um das Bankgeheimnis zu wahren.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Dies ist vergleichbar mit Kronzeuigenregelungen.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Bundesregierung sollte zwar den rechtlichen Rahmen präzisieren, generell ist es ökonomisch zu begrüßen, dass auch dieser Weg zur Aufdeckung von Straftaten beschritten wird. Im Kalkül potenzieller Steuerhinterzieher wird dadurch künftig das Entdeckungsrisiko höher veranschlagt. Das senkt im Gleichgewicht das Ausmaß der Steuerhinterziehung. Außerdem stabilisiert die rigorose Verfolgung die soziale Norm, dass Hinterziehung kein Kavaliersdelikt ist. Die Verweigerung eines solchen Ankaufs würde die Steuerehrlichkeit der Bevölkerung schädigen. Es entstünde der Eindruck, dass man die Großen laufen lässt.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein unzureichendes Steuersystem muss man verändern, nicht durch Hinterziehung sondern durch demokratische Wege!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wenn es sich um eine einmalige Aktion handeln würde, wäre das akzeptabel. Die Regierung schafft nun aber Anreize zum Datendiebstahl nicht nur bei Banken, sondern auch anderen Institutionen der Vermögensverwaltung. Die Folge wird eine nachhaltige Schwächung des deutschen Finanzplatzes im internationalen Wettbewerb sein.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Hinweisen auf Straftaten muss nachgegangen werden. Das ist bei Steuerdelikten nicht anders als bei anderen Straftaten.



Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

In diesem Fall macht der Staat das Verbrechen zum wirtschaftlichen Kalkül und stellt sich somit auf eine Stufe mit dem Steuerhinterzieher.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Wenn durch Stichproben erhärtet ist, dass die Daten sich in der Tat und weit überwiegend auf schwere Verdachtsfälle für Steuerhinterziehung beziehen und ihrer Verwertung bei der steuer- und strafrechtlichen Verfolgung der Hinterziehung juristisch nichts im Wege steht, kann ich nicht erkennen, welche Art von Daten- und Vertrauensschutz die Betroffenen genießen sollen. Über den konkreten Anlass hinaus geht es auch darum, Geschäftsmodelle von ausländischen Banken auszuhebeln, die auf einem etwa in Deutschland, Frankreich und den USA gleichermaßen illegalen und überall mit denselben Mitteln verfolgten Verhalten der Anleger basieren.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Keine Verbrecher belohnen!

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Bundesregierung begibt sich da in schmutziges Gelände. Aber alles andere wäre politischer Selbstmord.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Ich halte es nicht für angemessen, diese Daten von Kriminellen zu kaufen (die Einnahmen sind dafür zu gering). Das Problem liegt tiefer - nämlich im intransparenten und ungerechten deutschen Steuersystem. Die Angebote sollten zum Anlass genommen werden, hier Abhilfe zu schaffen. Außerdem sollte die Steuerfahndung besser ausgestattet und nicht behindert werden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nein, weil die Daten illegal erworben wurden und dies die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens in Zweifel zieht, auch wenn der Ankauf und die Verwertung nicht unmittelbar illegal sein sollten, was ja eine Frage der Rechtsprechung ist. Außerdem hat das Ganze Nachahmereffekte. Unabhängig davon sollte man die Schweiz auch selbst mehr in die Verantwortung dafür nehmen, dass sie nicht weiter illegale Aktivitäten - wie vor allem Steuerhinterziehung - außerhalb ihrer Jurisdiktion mehr oder weniger offen fördert.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Anreizwirkung ist fatal - und letztlich fängt man irgendwann an, auch wegen Nichtigkeiten "Krieg gegen die Bürger" zu führen. Denn man ist auf einer Glacis - man rutscht schnell ab!

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

... dadurch steigt der Druck auf die Schweiz, die notwendigen Auskünfte zu erteilen

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Sie darf sich nicht der Hehlerei schuldig machen.



Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Die Bundesregierung macht sich der Hehlerei schuldig. Es entsteht ein Markt für Datenklau. Dies untergräbt das Vertrauen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Verfolgung von Steuersündern muss rechtsstaatlich einwandfrei betrieben werden. Ein guter Zweck heiligt nicht den Einsatz von fragwürdigen Mitteln. Um einen solchen handelt es sich aber, weil der Ankauf von Diebesgut der Hehlerei gleichkommt. Außerdem wird für Bankangestellte mit krimineller Energie oder einfach Geldsorgen der falsche Anreiz gesetzt, sich durch Diebstahl beim Arbeitgeber zu bereichern. Wenn das Schule macht, wird es teuer für den Staat.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eher ja, da ein Nichtankreuzen nicht möglich ist. Die Beantwortung hängt davon ab, welche Straftat - Steuerhinterziehung oder das Kaufen von Hehlerware/Diebesgut - man als schwerwiegender erachtet. In jedem Fall führen bereits die Überlegungen eines Kaufs der Steuersünder-CD dazu, dass zum einen potentielle Steuersünder abgeschreckt werden, sich zum anderen aber auch ein regelrechter Markt für solche Daten entwickeln kann. Der Staat sollte vielmehr darüber nachdenken, wie er die Steuerzahlungsmoral seiner Bürger verbessern kann, so dass es in Zukunft nicht mehr zu Steuerhinterziehungen dieser Art kommt.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Das Andienen gestohlener Daten gehört mittlerweile zum Alltag der Oberfinanzdirektionen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es entstünde ein Anreiz, Daten zu stehlen. Es würde zu Kriminalität angestiftet.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Erstens muss der Staat, wenn er Hinweise auf Straftaten hat, diese aufzuklären versuchen. Zweitens erhöht sich so der Druck zu Selbstanzeige für Steuerhinterzieher. Und drittens wird auf diese Weise den Steueroasen das Geschäftsmodell entzogen. Im gleichen Zuge muss allerdings klargestellt werden, dass der Datendiebstahl ebenfalls illegal ist. Die Datendiebe sollten ebenfalls bestraft werden, um keine Anreize für derartige Straftaten zu schaffen.

Prof. Dr. Ralph Friedmann Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität des Saarlandes:

Es geht um Beweismittel für Straftaten. Das Angebot von Informationen über Straftaten zurückzuweisen, bedeutete deren Verfolgung zu vereiteln.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Alleine die Drohung wirkt schon. Dadurch steigt die Gefahr entdeckt zu werden, dies ist besser als jede zwischenstaatliche Regelung.



Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Bereits die Möglichkeit führt zu einer Flut von Selbstanzeigen der Betroffenen – die Steuern darauf sind völlig kostenlos für den Fiskus; parallel oder anschließend sollte mit der Schweiz über das Steuergeheimnis verhandelt werden. Führt das zu keinem Erfolg, wäre ein Ankauf letztlich möglich.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Steuerhinterziehung bleibt eine Straftat.

FRAGE

Der griechische Staat ächzt unter einem rekordhohen Haushaltsdefizit. Angesichts dessen hat die EU Griechenland nun einen rigiden Sparkurs unterworfen. Auch andere Länder des Euro-Raums wie Spanien oder Portugal liegen mit ihren Haushalten weit jenseits der Obergrenze für die Neuverschuldung.

In den vergangenen Tagen hatte es wiederholt Spekulationen um eine mögliche Rettungsaktion der EU für Griechenland gegeben. Sollte die EU Griechenland helfen, obgleich dies in den Verträgen von Lissabon und Maastricht nicht vorgesehen ist?

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Auswirkung überbordender Staatsdefizite lassen sich eben nur mit einer anschließender Fastenkur beseitigen. Das ist schmerzlich, aber absolut notwendig, insbesondere wenn man die Kapitalmarktfähigkeit behalten will. Ansonsten wird es Nachahmer geben, da Sanktionen auch nicht wirksam durchgesetzt werden können.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine solche Hilfe ist eine klare Aufforderung an alle anderen Länder, möglichst schnell selbst eine untragbare Verschuldung aufzubauen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Eine Rettungsaktion setzt falsche Zeichen. Jeder Staat muss seinen Haushalt selbst im Griff haben und nicht auf Kosten anderer leben.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Griechenland/Spanien/Portugal sind "too big to fail". Hilfen müssen aber mit Konditionalität ausgestattet sein, also an gut messbare Bedingungen geknüpft werden. Auch sollten nun schleunigst Mechanismen für ein geordnetes staatliches Konkursverfahren konstruiert werden. Genau wie wir solche Mechanismen zur Abwicklung großer Banken benötigen, benötigen wir diese zur Bewältigung einer staatlichen Überschuldungssituation. Es geht auch hier darum, die Gläubiger in Zukunft am Schaden zu beteiligen, weil sie die Verschuldungssituation eines Landes durch ihre leichtfertige Kreditvergabe erst ermöglicht haben.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

.... aber mit Daumenschrauben!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Eine solche Aktion wäre der Anfang einer Verschuldungsspirale im Euroraum, in der jede Regierung versucht, sich auf Kosten der anderen zu bereichern.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das sollte Aufgabe des IWF sein, der glaubwürdiger Reformen und Haushaltskonsolidierung in Griechenland erzwingen kann als die EU.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Eine Rettungsaktion stellt einen erheblichen Anreiz zum Fehlverhalten dar (Moral Hazard). Allerdings würde ein zu rigider Sparkurs in Griechenland deflatorische Kräfte freisetzen, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in der Eurozone weiter verschlechtern würde. Die Konsequenz wäre eher eine weitere Verschlechterung der Situation als umgekehrt. Deshalb ist die Rettungskation ein geringeres Übel.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Strikte Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Griechenland vorab klare Anzeichen für sofortige Compliance mit den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zeigt: Bezifferung überprüfbarer Konsolidierungsziele, Angabe realistischer Zeitpfade und Wege zu ihrer Erreichung. Die Alternative besteht unter den heutigen Rahmenbedingungen in einer weiteren Verschleppung der Konsolidierung in Griechenland und einem öffentlichen Dahinlahmen der ganzen Währungsunion.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die EU sollte nur in absoluten Notfällen helfen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine strenge EU-Konditionalität ist wahrscheinlich nötig, um in Griechenland eine nachhaltige Finanzpolitik zu etablieren.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es wäre Vertragsbruch. Wie soll man den deutschen Steuerzahlern nahelegen, sich gesetzeskonform zu verhalten, wenn die Steuergelder dafür verwendet wird, vertragsverletzendes Verhalten anderswo auszugleichen.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Eine dauerhaft Lösung kann allein Griechenland herbeiführen. Dazu sind nachhaltige Reformen notwendig, die zu einer Rückführung des Defizits und mittelfristig auch der Verschuldungsquote führen. Hilfen der EU sind nur denkbar, wenn Griechenland einen Abwärtsstrudel auslösen würde,



der andere Länder mitreißen könnte. An solche Hilfen müssten aber klare Vorgaben zur Konsolidierung geknüpft werden, die auch faktisch durchgesetzt werden können. Dies bedeutet, dass Griechenland seine finanzpolitische Souveränität zeitweise abtreten müsste. Inakzeptabel dagegen wären Hilfen, die trotz ausbleibender Reformen gezahlt werden, um kurzfristig den Euro zu stabilisieren.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nein, weil es ein Verstoß gegen die Regeln wäre, weil Griechenland in der Lage ist, das Problem aus eigener Kraft zu lösen, weil es Dominoeffekte auslöst und die Glaubwürdigkeit des institutionellen Rahmens des Euro zerstören würde.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Wiederum ist die Anreizwirkung fatal - es macht die Spekulation erst ertragreich. Man sollte Griechenland nahelegen, aus der Währungsunion auszutreten, und daran Hilfen anknüpfen. Das ist nicht so belastend. Vermutlich muss man in dieser Zeit alle griechischen Papiere einfrieren, um eine Spekulation zu vermeiden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nicht den Anpassungsdruck in Griechenland mildern; das wird sonst ein Fass ohne Boden.

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Das würde gleich zum Vorbild für andere schwächelnde Länder

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Es wäre ein fatales Signal, Griechenland bedingungslos zu helfen. Andere Länder mit ähnlichen Schwierigkeiten würden ermutigt, selbst in ihren fiskalischen Anstrengungen nachzulassen. Die Ansteckungsgefahr einer solchen Maßnahme wäre also hoch, schlimmstenfalls käme es zu Kettenreaktionen teurer Rettungsmaßnahmen für andere Länder. Richtig wäre es hingegen, Griechenland würde mit einer beherzten und glaubwürdigen Konsolidierung aller Welt einen neuen Kurs der Solidität signalisieren. Auch die Finanzmärkte honorieren solche Fiskaldisziplin mit verringerten Risikoaufschlägen - das zeigt das Beispiel Irland. Steht tatsächlich die Zahlungsunfähigkeit eines Eurolandes bevor, kann allenfalls über Haftungsgarantien oder Überbrückungskrediten nachgedacht werden - allerdings nur, wenn die Europäische Kommission strikte haushaltspolitische Vorgaben für das betroffene Land machen darf.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es geht letztlich um die Erhaltung des Euro.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Jeder Staat ist selbst dafür verantwortlich, seine Haushaltslage in Ordnung zu bringen, und er kann dies auch, wenn er will und sich gegenüber innenpolitische Widerstände robust zeigt. Deutschen Steuerzahlern ist es schwerlich zuzumuten, ins Obligo genommen zu werden, obwohl sie in der Vergangenheit nicht den geringsten Einfluss auf die griechische Haushaltspolitik hatten. Direkte oder indirekte finanzielle Hilfen für Griechenland hätten zwei negative Folgen: zum einen, dass griechische Sanierungsanstrengungen erlahmen, zum anderen, dass für andere Problemländer der Präzedenzfall geschaffen wird, auf den sie sich im Ernstfall berufen werden.



Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine Staatspleite Griechenlands würde das Vertrauen der Finanzmärkte stark erschüttern und auch die Risikoprämien der anderen PIGS-Staaten Portugal, Italien und Spanien in die Höhe treiben. Insofern sollte die EU Griechenland in der jetzigen Situation nicht aufgeben, WENN es seine Hausaufgaben macht und tiefgreifend reformiert. In naher Zukunft muss allerdings von der EU ein Insolvenzrecht für Staaten eingeführt werden, dass Länder unter harten Auflagen, wie z.B. einem Mitbestimmungsrecht in der Haushaltspolitik, bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen unterstützt. Ideal wäre für diese Zwecke der jüngst von den Kollegen Daniel Gros und Tom Mayer vorgeschlagene Europäische Währungsfonds.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Hilfreich und Vertrauen bildend wäre eine unabhängige und mit Befugnissen ausgestattete Kommission zur Überwachung der vom griechischen Parlament beschlossenen Sparziele.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Regeln der Verträge sind strikt einzuhalten. Ansonsten entstünde ein Anreiz für andere Länder, es den Griechen "nachzumachen".

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Das bailout-Verbot und generell der fehlende politische Rahmen ist ein Konstruktionsfehler der Währungsunion. Jetzt brechen diese Schwachstellen auf. Regelungen, wie und unter welchen Konditionen die EU einzelnen Ländern hilft, sollte einen ersten Schritt Richtung politische oder zumindest fiskalische Union markieren.

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Zunächst müssen die Griechen in Vorleistung treten, danach kann über Hilfen nachgedacht werden.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Aus dem Fall Lehman sollte man entsprechende Lehren ziehen.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die EU sollte sich nicht nur als Wirtschaftsraum verstehen.

FRAGE

Befürchten Sie mit Blick auf die hohen Defizite dauerhaft eine Gefahr für die Währungsunion?

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Bestimmte Länder, wie z.B. Griechenland in eine Währungsunion mit traditionellen Hartwährungsländern zu lassen, war eine politische und keine ökonomische Entscheidung. Das wird irgendwann bestraft werden.



Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Währungsunion wird bestehen bleiben, man wird die fiskalischen Transfers in der EU ausweiten.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Der Handlungsspielraum der EZB wird durch hohe Schulden begrenzt. Es beginnt konkret mit dem Problem, dass die EZB Anleihen von Ländern mit niedriger Bonität nicht als Sicherheit für ihre Geldmarktgeschäfte zulassen sollte. Der Druck wird nun aber wachsen, dass diese Qualitätsstandards aufgeweicht werden.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... wegen der Daumenschrauben!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Weil insbesondere die deutsche Regierung nicht die politische Kraft aufbringen wird, gegenüber dem Begehren anderer Regierungen nach finanzieller Hilfe standhaft zu sein. Wenn aber Griechenland erst einmal gerettet sein wird, gibt es keine Grenzen der Staatsverschuldung im Euroraum mehr. Die Bundesregierung wird auf diese Weise den Euro zerstören.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Noch nicht. Aber je nachdem, wie mit Griechenland, Spanien, etc. umgegangen wird, kann sich das ändern.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Das wirtschaftliche Gewicht Griechenlands in der Eurozone ist zu gering, um sie insgesamt zu gefährden. Zudem würde das Ausscheren aus der Währungsunion die Abwärtsspirale des jeweiligen Landes noch beschleunigen. Allerdings bedarf es wirksamer Regeln in der EU, damit nicht die Staaten, die am nachlässigsten wirtschaften, die Richtung bestimmen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Bisher nicht, da die Defizite aktuell vor allem durch die Finanzkrise angestiegen sind, ausgehend von unterschiedlichen Niveaus und getrieben durch verschieden heftige Einbrüche der jeweiligen Binnenwirtschaft. Entscheidend ist die baldige Reduktion der Defizite, nicht ihre momentane Höhe.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es untergräbt die Glaubwürdigkeit der europäischen Regeln und sendet international verheerende Signale aus.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Eine "Gefahr" für die Währungsunion besteht zweifellos. Ich schätze sie derzeit aber gering ein.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Verschuldung Griechenlands ist keine Folge der Währungsunion, und Griechenland ist zu klein, um mit seinen Schulden objektive Probleme auszulösen. Das setzt allerdings voraus, dass Griechenland sein Verschuldungsproblem selbst löst und mit Rettungsaktionen keine Erwartungen für weitere "Rettungsaktionen" in anderen Ländern gebildet werden. Die EU macht sich erpressbar damit, und dies ist im Falle Griechenlands schon deutlich erkennbar.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Gründe haben wir dargelegt im Aufruf 1998 "Der Euro kommt zu früh" - er ist aktuell wie nie zuvor!

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Solange es um die derzeit in Frage stehenden Länder geht, nicht.

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Der Euro könnte auf den internationalen Märkten an Wert verlieren.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Wenn jetzt beherzt und glaubwürdig Konsolidierungsmaßnahmen in den Mitgliedsländern eingeleitet werden, werden das die Kapitalmärkte mit geringeren Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen honorieren. Auch steht die Eurozone in punkto Staatsverschuldung immerhin noch besser da als Japan, Großbritannien oder die USA.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Solange eine autonome, nationale Geld-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik bestehen, ist der Euro gefährdet.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die meisten Regierungen haben den Ernst der Lage erkannt und werden die Haushaltskonsolidierung in Angriff nehmen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Verglichen mit den USA oder Japan steht der europäische Währungsraum relativ betrachtet zwar noch besser da, weil der Schuldenstand der Eurozone und insb. die Neuverschuldung niedriger sind als in den anderen großen Währungsräumen. Zudem ist der Euro immer noch weit von seinem Tiefstwert aus dem Jahr 2000 entfernt. Ein geregeltes Insolvenzrecht mit harten Einschnitten für die Defizitländer sollte in Zukunft besser dafür sorgen, dass sich diese disziplinieren müssen, weil unsolide Haushaltspolitik von den Finanzmärkten mit steigenden Zinsen abgestraft wird. Die nächste Zeit sollte jedoch dringend für die Schaffung eines mit Sanktionen bewehrten Europäischen Währungsfonds (EWF) an Stelle des zugrunde gerichteten Stabilitäts- und Wachstumspaktes genutzt werden. Denn es gilt, jetzt rechtzeitig ein Sicherheitsnetz aufzuspannen, um für den Fall gerüstet zu sein, dass das Anpassungsprogramm im Falle Griechenlands scheitert, und vor allem, um Beitrittskandidaten zu verdeutlichen, dass Solidarität in einer Währungsunion immer beidseitig zu verstehen ist. Denn wie das Beispiel Argentinien zeigt, kann die Phase der „Causa Griechenland“



noch durchaus mehr als ein Jahr mit Aufs und Abs weiterlaufen. Folglich wäre hinreichend Zeit, den Europäischen Währungsfonds zu installieren.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Hohe Defizite in einzelnen Staaten stellen keine Gefahr dar, wie die Währungsunion der USA verdeutlicht.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die EZB muss nur an ihrer Aufgabe, das Preisniveau stabil zu halten, festhalten.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Die notwendige fiskalische Konsolidierung wird das Wachstum auf viele Jahre dämpfen.

Prof. Dr. Ralph Friedmann Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität des Saarlandes:

Die politischen Reaktionen sind nicht kalkulierbar.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Andere Länder werden folgen, die PIIGS (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien).

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Euro ist sowieso überbewertet.

FRAGE

Im Vertrag über die Währungsunion ist bislang kein Passus enthalten, Ländern, die wegen mangelhafter Haushaltsdisziplin zum Stabilitätsrisiko für den Euro werden, die Mitgliedschaft zu entziehen (s. FAZ, 9.2.2010, Hans D. Barbier). Sollte ein entsprechender Passus als Ultima Ratio eingeführt werden?

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine Währungsunion ist wie ein lebender Organismus. Wenn kranke Zellen nicht geheilt werden können, muss eine Operation durchgeführt werden. Als ultima ratio auch eine Amputation, um nicht den gesamten Organismus und damit die gesunden Teile zu gefährden.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Der politische Druck, fiskalische Transfers zu leisten, wird durch einen Ausschluss des betreffenden Landes aus der Währungsunion kaum zurück gehen. Auch ohne Währungsunion wird man es nicht zulassen, dass ein EU-Land die öffentlichen Leistungen drastisch zurückfährt.



Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Alleine die Einführung eines solchen Passus würde die Spekulation gegen schwache Länder massiv anheizen. Im Übrigen ist diese Idee gänzlich unrealistisch, weil eine einstimmige Entscheidung aller 27 Mitgliedstaaten zu einer solchen Vertragsänderung jenseits aller Möglichkeiten liegt.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

.... als letzte Daumenschraube!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Warum einen Passus einführen, zu dessen Durchsetzung allen Beteiligten der politische Wille fehlt?

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist politisch nicht durchsetzbar. Stattdessen sollten man auf den IWF bauen, der viel Erfahrung im Umgang mit Ländern mit fehlender Haushaltsdisziplin hat.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Eine unglaubliche Drohung!

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Zuerst braucht es eine wirksame Regelung, die die Mitgliedsstaaten zu einer gleichgerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik verpflichtet. Eine vertragliche Verankerung von Rettungsaktionen schafft den Anreiz nachlässig zu haushalten. Damit würden wieder die Nachlässigsten die Richtung bestimmen. Die Mitgliedsstaaten haben, wie im aktuellen Fall, immer noch die Möglichkeit des freiwilligen Beistandes, sofern es die Umstände sinnvoll erscheinen lassen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Der Gedanke ist erwägenswert, weil er die Rolle von Kommission und Ministerrat gegenüber den einzelnen Mitgliedsstaaten stärkt. Beispielsweise sind die Anreize der griechischen Politiker, aber auch der dortigen Bevölkerung, die dortigen Probleme entschiedener zu bekämpfen, nach den jetzigen Regelungen begrenzt.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ein solcher Passus wäre ein klares Bekenntnis zu ordentlicher Haushaltsführung.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es genügt, die Bail-out-Klausel glaubwürdig zu untermauern, dann wird es Spreads geben, die disziplinierend wirken, oder einen Austritt nahelegen.



Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Das wäre in der gegenwärtigen Lage eher destabilisierend. Mittelfristig und in Ruhe sollte sich die EU aber auf klare Regeln verständigen, wie in einem solchen Fall vorgegangen werden soll.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das änderte nichts daran, dass die aufgelaufene Verschuldung dann doch auf Euro lautet. Die Wahrscheinlichkeit, dass die entsprechenden Forderungen dann abgeschrieben werden müssen, dürfte im Falle eines erzwungenen Austritts deutlich ansteigen. Daher wäre ein solcher Passus noch glaubwürdiger als die No-bail-out-Klausel es im Augenblick schon ist. Man wird sich vielmehr Gedanken darüber machen müssen, wen man aufnimmt, wie man einen Prozess der Verschuldung früh genug stoppt (und warum das im Falle Griechenlands so skandalös gescheitert ist) und wie man dann die No-bail-out-Klausel glaubwürdig gestaltet.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Das hilft im Nachhinein nichts - letztlich muss man die Entlassung aus der Währungsunion als ultima ratio im griechischen Interesse sehen. Man kann das erleichtern, indem die Banken sukzessive anfangen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es könnte uns auch treffen, und dann kann man gleich die ganze Währungsunion auflösen.

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Es gibt sonst keine wirksame Handhabe gegen "Währungssünder".

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Schon heute bestrafen die Märkte laxer Euroländer - und zwar in Form höherer Risikoprämien bei Staatsanleihen. Zwar brauchen wir definitiv eine bessere Koordinierung der Fiskalpolitiken im Euroraum. Doch die EU ist bislang insgesamt mit dem Prinzip der Freiwilligkeit besser gefahren als mit drastischen Maßnahmen wie dem Rausschmiss aus dem Euro. Das würde die Wetten gegen ein Euromitglied gerade erst befördern - wie das Beispiel des Platzens des EWS I 1993 zeigt. Das schließt nicht aus, dass die Kommission konkrete Vorgaben machen darf, wenn es zu fiskalischen Verfehlungen kommt.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Dies erscheint sinnvoll, um die einzelnen Euro-Länder zu disziplinieren!

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Wer entscheidet über den Ultima-ratio-Tatbestand? Die Mehrheit der Euroländer oder alle einstimmig? Unter Mitwirkung des betroffenen Landes oder unter Ausschluss desselben? Würde ein großes Land genauso behandelt wie ein kleines? Die Erfahrungen mit den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt lehren, dass im Zweifel Kompromissformeln gefunden werden, um bei Regelverstoß Sanktionen zu vermeiden. Das wäre nicht anders bei einer zu treffenden Ausschussentscheidung. In der EWS-Krise 1992/93 hatte es auch Stimmen gegeben, Deutschland zumindest temporär aus dem System herauszukomplimentieren, weil die Stabilitätspolitik der



Deutschen Bundesbank und die starke D-Mark als Wurzel der Wechselkursstürbungen galt. Die Bundesregierung hat sich dagegen verwahrt, und Schluss.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Möglichkeit des Ausschlusses eines Landes aus der Währungsunion würde bereits im Vorfeld Spekulationen auf den Finanzmärkten anheizen, die die Zinsen dieser Länder hochtreiben. Insofern ist das Nichtvorhandensein einer solchen Ausschlussklausel bereits an sich ein Stabilitätsanker für die Währungsunion. Um solche Szenarien in Zukunft überhaupt zu vermeiden müssen Regeln aufgestellt werden, die es der EU erlauben, stärkeren Einfluss auf die Haushaltspolitik der Defizitländer zu nehmen. Für die Eurozone benötigen wir ein institutionalisiertes Verfahren wie einen EWF, das es uns erlaubt, Staaten geordnet in die Pleite gehen zu lassen, ohne dass es zu negativen externen Effekten für die anderen Euro-Länder kommen wird. Dann müssen die Länder auch nicht aktiv herausgeworfen werden. Es wäre zu stark vereinfacht, so zu tun, als ob wir lediglich die Alternativen unkonditioniertes Bail-out und unkontrollierte Staatspleite hätten. Das trifft auf die Realität einfach nicht zu. Fehlt ein derartiger Passus überhaupt? Widersetzt sich ein Mitgliedsland den Entscheidungen des EWF, könnte es die EU und damit auch die EW unter Artikel 50 des Vertrags verlassen. Der Preis wäre allerdings noch viel höher als derjenige, den Argentinien damals bezahlen musste. Falls ein Land jegliche Kooperation verweigert und die EU nicht freiwillig verlässt, wäre juristisch zu prüfen, ob es doch (anders als Ihre Headline zu dieser Frage suggeriert) effektiv hinausgeworfen werden kann - und zwar unter Rückgriff auf Artikel 60 der Wiener Konvention über Internationale Verträge oder des Artikels 7 des Vertrags von Lissabon.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der Euro kann auch ohne eine offizielle Mitgliedschaft zur Währungsunion als Geld fungieren.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es sollte ein Passus eingefügt werden, der den freiwilligen Ausstieg aus der Währungsunion regelt. Ein Regel für den Ausschluss ist nicht nötig, wenn die Vorschriften des geltenden Regelwerks (Keine Hilfe bei Defiziten) eingehalten werden.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Nein, stattdessen sollte man die Integration vertiefen (siehe oben). Dafür, jetzt Rückzieher von dem ohnehin sehr gewagten Projekt Währungsunion zu machen, ist es zu spät. Das hätte man sich Anfang der 90er Jahre überlegen sollen.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Das wird sich nicht durchsetzen lassen.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Ausschlussmöglichkeit dient der Stabilitätsdisziplin.